

Fragen

für die Fragestunde der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 5. Juni 2024

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (Gruppe Die Linke)	8, 13	Janssen, Anne (CDU/CSU)	5, 11
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 49	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	34, 35
Beckamp, Roger (AfD)	31, 55	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	9, 10
Bernstein, Melanie (CDU/CSU)	14, 27	Kippels, Georg, Dr. (CDU/CSU)	23, 24
Brandl, Reinhard, Dr. (CDU/CSU)	40	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	33, 52
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	36, 62
Breher, Silvia (CDU/CSU)	12	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	37, 64
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	53, 56	Müller, Axel (CDU/CSU)	21, 22
Bystron, Petr (AfD)	46, 61	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	1, 15
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	57, 58	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	29, 30
Damerow, Astrid (CDU/CSU)	41, 67	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	59, 60
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	65, 66	Reichel, Markus, Dr. (CDU/CSU)	44
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	32, 54	Reichinnek, Heidi (Gruppe Die Linke)	42
Gürpınar, Ates (Gruppe Die Linke)	25	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	47, 48
Hahn, André, Dr. (Gruppe Die Linke)	50, 51	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	20, 38
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	18, 26	Rüddel, Erwin (CDU/CSU)	19
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	28, 63	Schmidt, Eugen (AfD)	45
Ilstorfer, Erich (CDU/CSU)	16, 17	Wiesmann, Bettina Margarethe (CDU/CSU)	6, 7
		Wulf, Mareike Lotte (CDU/CSU)	4, 43

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	21

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD) Befassen sich konkrete Programme, die aus dem Förderprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mittel empfangen, mit der Bekämpfung von Islamismus bzw. religiös motiviertem Antisemitismus, und wenn ja, welche davon sind die fünf Programme, die mit der höchsten Fördersumme bedacht sind (vgl. www.tichyseinblick.de/meinungen/demokratie-leben-extremisten-islamisten-paus/, zuletzt abgerufen am 10. Mai 2024)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welches sind die fünf Projekte, die laut dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bis zum Ende der Legislaturperiode noch umgesetzt werden müssen?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Wertet die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Lisa Paus den Begriff „TERF“ (Trans-Exclusionary Radical Feminist = Trans-ausschließende(r) Radikalfeminist(in)) als Beleidigung, und wie begründet sie ihre Einschätzung?
4. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass – vor dem Hintergrund, dass im mittlerweile vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Selbstbestimmungsgesetz vorgeschrieben ist, dass Minderjährige, die ihren Geschlechtseintrag ändern möchten, bzw. deren gesetzliche Vertreter schriftlich bestätigen müssen, dass sie beraten worden sind – genügend professionelle Beratungsstellen in Deutschland vorhanden sind, die eine solche im Selbstbestimmungsgesetz vorgesehene Beratung angemessen durchführen können?
5. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung zusichern, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 erfüllt werden kann, und steht die Bundesregierung im regelmäßigen Austausch mit den Ländern und Kommunen zum Stand des Ganztagsausbaus, und wenn ja, wann fand der letzte Termin statt (bitte auch das Ergebnis des Austausches angeben)?

6. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wismann
(CDU/CSU)
- Inwiefern reicht nach Auffassung der Bundesregierung der von ihr vorgelegte Gesetzentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung trotz der verschiedenen Zuständigkeiten für die Antragsteller und der unterschiedlichen Anspruchsberechtigungen aus, um das Ziel zu erreichen, Kinder aus der Armut zu holen?
7. Abgeordnete
Bettina Margarethe Wismann
(CDU/CSU)
- Inwiefern wird nach Auffassung der Bundesregierung der Referentenentwurf des Gesetzes zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen im Gegensatz zu den bestehenden Regelungen im Achten Buch Sozialgesetzbuch und dem Strafgesetzbuch sowie den Maßnahmen der Organisationen, in denen Täter sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ausgeübt haben, den Schutz von Kindern vor eben dieser Gewalt erhöhen?
8. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Durch welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung die Bedarfe von vulnerablen Gruppen wie z. B. geflüchteten Frauen berücksichtigen (Festlegung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf, S. 91), sodass diese gegenüber anderen Frauen bei der Unterbringung in Schutzeinrichtungen für Frauen (Frauenhäusern) nicht benachteiligt werden, und soll dies durch eine bundesgesetzliche Regelung erfolgen, und wenn ja, welche?
9. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Wird die Bundesregierung konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Anzahl der Geburten wieder zu steigern, angesichts der Tatsache, dass die Geburtenrate in Deutschland 2023 den niedrigsten Stand seit 2013 erreicht hat (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/05/PD24_174_126.html), und wenn ja, welche?
10. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Teilt die Bundesregierung die durch zahlreiche Abgeordnete erfolgte Ablehnung der Forderung des Deutschen Ärztetages, dass bei Minderjährigen die Änderung des Geschlechtseintrags nicht ohne fachärztliche kinder- und jugendpsychiatrische Diagnostik und Beratung gestattet werden darf (www.welt.de/politik/deutschland/plus251531946/Transgender-Harte-Aerzte-Kritik-am-Selbstbestimmungsgesetz-So-reagiert-die-Ampel.html?source=puerto-reco-2_ABC-V38.1.D_ac_extr_a_row), und wenn ja, mit welcher Begründung wird diese fachliche Expertise zurückgewiesen, und wenn nein, wird sie dies zum Anlass nehmen, beim Selbstbestimmungsgesetz nachzubessern?

11. Abgeordnete
Anne Janssen
(CDU/CSU)
- Kann das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusichern, dass eine finanzielle Förderung des Bundes im Rahmen des KiTa-Qualitätsgesetzes bzw. dessen Weiterentwicklung auch ab 2025 fortgesetzt wird, um die Länder bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung zu unterstützen, und wenn ja, in welcher Höhe?
12. Abgeordnete
Silvia Breher
(CDU/CSU)
- Wie weit ist die Abstimmung der Eckpunkte des Gewalthilfegesetzes mit den Mitgliedern des Runden Tisches „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ fortgeschritten, und wann kann konkret mit der Vorlage eines Referentenentwurfs durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Gewalthilfegesetz gerechnet werden?
13. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Wann wird die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative für die angekündigte Familienstartzeit (zehntägige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den Partner nach der Geburt eines Kindes, vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 16, Plenarprotokoll 20/168, S. 21674) im Deutschen Bundestag einbringen, mit der sich Deutschland hinsichtlich der gewährten Freistellung hinter Staaten wie z. B. Finnland, Spanien und Portugal einreihet, die dem nichtgebärenden Elternteil neun, vier bzw. drei Wochen bezahlten Sonderurlaub nach Geburt eines Babys gewähren, und weshalb hat die Bundesregierung in dieser Sache noch keinen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, obwohl die zugehörige EU-Richtlinie aus dem Jahr 2019 ist und eigentlich bis August 2022 hätte umgesetzt werden sollen?
14. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Erhebt die Bundesregierung Daten zu Art und Häufigkeit gefährlicher Online-Trends wie z. B. TikTok-„Challenges“ oder dem vor wenigen Wochen ausgerufenen „National Rape Day“, und wenn ja, deuten diese Daten auf eine Zunahme dieser Phänomene hin?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

15. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Auf welchen Erkenntnissen fußte der laut einem Medienbericht gegenüber dem Corona-Expertenrat vorgetragene Vorschlag vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach, Ungeimpften sei zeitweise während der Corona-Pandemie der Zutritt zu Restaurants und Einkaufsläden vollständig zu verwehren, und hat er seine Meinung hierzu revidiert, und wenn ja, weshalb (vgl. www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/corona-massnahmen-lauterbach-wollte-1g-fuer-gastronomie-und-handel-li.2213624, zuletzt abgerufen am 10. Mai 2024)?
16. Abgeordneter
Erich Ilstorfer
(CDU/CSU)
- Wie lautet der aktuelle Sachstand bezüglich der von der Expertengruppe „Long COVID Off-Label-Use“ zu erarbeitenden Liste mit Medikamenten, die für Long- und Post-COVID-Patientinnen und -Patienten auch außerhalb der Zulassung verordnet und bezahlt werden können, bzw. wie bewertet die Bundesregierung diesen?
17. Abgeordneter
Erich Ilstorfer
(CDU/CSU)
- Welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung hinsichtlich der am 30. Juni 2024 auslaufenden Verträge, geregelt in § 132a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch, sowie der nach meiner Ansicht drohenden Unterversorgung von bis zu 30.000 Intensivpflegepatientinnen und -patienten inklusive rund 3.000 Kindern und Jugendlichen?
18. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Was war Gegenstand des Gesprächs des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach mit Vertretern der Agentur brinkertlück creatives im Vorfeld der Kontaktaufnahme der Agentur mit dem Bundesministerium für Gesundheit via E-Mail am 19. März 2022 (vgl. Bericht des Bundesrechnungshofs an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 25. März 2024; bitte auch dazu ausführen, inwiefern ggf. über eine mögliche Beauftragung der Agentur durch das Bundesministerium der Gesundheit gesprochen wurde und die Gesprächsteilnehmer sowie den Ort und das Datum des Gesprächs benennen), und vertritt die Bundesregierung die Ansicht, dass die Agentur Scholz & Friends die Agentur brinkertlück creatives ausdrücklich mit der Durchführung der Impfkampagne „Ich schütze mich“ beauftragt hat?

19. Abgeordneter
Erwin Rüdell
(CDU/CSU)
- Wann plant die Bundesregierung, die Telematikinfrastruktur im Bereich der Interoperabilität zu verbessern, und welche Organisation soll für die Einhaltung gemeinsamer Standards verantwortlich sein?
20. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist die am 2. Mai 2024 vom Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach vorgestellte Nationale Suizidpräventionsstrategie vom Bundeskabinett in Umfang und Inhalt beschlossen, und wann wird von der Bundesregierung das vom Deutschen Bundestag mit 687 Ja-Stimmen geforderte Suizidpräventionsgesetz (www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw25-de-suizidhilfe-897826) dem Parlament zur Beratung vorgelegt (bitte die finanzielle Untersetzung und den konkreten Zeitplan angeben)?
21. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Warum findet sich im aktuellen Entwurf zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) keine gesetzliche Regelung mehr zur Errichtung von Primärversorgungszentren zur Stärkung der lokalen Gesundheitsversorgung?
22. Abgeordneter
Axel Müller
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt das Bundesministerium für Gesundheit die durch die Streichung der gesetzlichen Regelung zur Errichtung von Primärversorgungszentren aus dem aktuellen Entwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes (GVSG) entstandene Lücke bei der lokalen Gesundheitsversorgung zu schließen?
23. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Wie wird das Bundesministerium für Gesundheit die vielfach geäußerte Kritik an den derzeit diskutierten Eckpunkten zur Einrichtung des sog. Bundesinstituts für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) im angekündigten Errichtungsgesetz berücksichtigen (zu den Kritikpunkten gehören unter anderem die Verengung des Präventionsverständnisses auf ausgewählte Krankheitsbilder, die institutionelle Trennung von Infektions- und Nicht-Infektionskrankheiten sowie die befürchteten Einbußen der Forschungskompetenz des Robert Koch-Instituts, siehe u. a. das Fachgespräch in der 106. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit des Deutschen Bundestages unter TOP 2), und wie sieht der konkrete Zeitplan für die Errichtung des sog. BIPAM vor diesem Hintergrund aus?

24. Abgeordneter
Dr. Georg Kippels
(CDU/CSU)
- Plant das Bundesministerium für Gesundheit (BMG), in Absprache mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, die Möglichkeit der Gewährung von Skonti an Apotheken durch eine gesetzliche oder untergesetzliche Änderung festzuschreiben, nachdem diese aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofs unzulässig sind, und falls nein, warum nicht, und welche konkreten Maßnahmen für eine spürbare finanzielle Entlastung der Apotheken vor Ort wird das BMG sonst in die Wege leiten?
25. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(Gruppe Die Linke)
- Plant die Bundesregierung eine Ausweitung des Pflegeunterstützungsgeldes und der Familienpflegezeit, und wenn ja, in welchem Zeitrahmen, und wenn nein, warum nicht?
26. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Anlass dazu, den „Bundes-Klinik-Atlas“ (vgl. <https://bundes-klinik-atlas.de/>) bis zur Beseitigung der festgestellten Mängel, wie beispielsweise fehlerhafte Angaben und unvollständige Daten (vgl. www.waz.de/staedte/essen/article242434694/Krupp-Krankenhaus-Nehmt-den-Bundes-Klinik-Atlas-vom-Netz.html), offline zu nehmen (bitte auch dazu ausführen, weshalb die Bundesregierung ggf. keinen Anlass dafür sieht), und inwiefern erfolgte im Vorfeld der Veröffentlichung eine Prüfung auf Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben?
27. Abgeordnete
Melanie Bernstein
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des ärztlichen Leiters am Deutschen Zentrum für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Prof. Dr. Rainer Thomasius, dass Lootboxen einen Glücksspiel-ähnlichen Charakter aufweisen, und wenn nein, warum nicht?
28. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Zeitplan für weitere Verhandlungen zum Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sowie ggf. zu der Reform der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV), und welcher konkrete Änderungsbedarf besteht nach Einschätzung der Bundesregierung an den Entwürfen für den WHO-Pandemievertrag (A77/10) und den Änderungsanträgen für die IGV (A77/9), die in Genf bei der 77. Weltgesundheitsversammlung vorlagen?

29. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Auf Basis welcher Daten und Fakten hat der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach einen „explosionsartigen Anstieg der Pflegebedürftigen“ erklärt (vgl. u. a. www.welt.de/politik/deutschland/plus251736444/Zahl-der-Pflegebeduerftigen-Karl-Lauterbach-hat-da-was-verwechselt.html), und warum sieht sich die Bundesregierung nicht imstande, die auch vom Bundesgesundheitsminister als notwendig erachtete Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung noch in dieser Legislaturperiode in die Wege zu leiten?
30. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung, trotz der kartellrechtlich angedachten Vorgaben im Zusammenhang mit der Nutzung des Transformationsfonds gemäß des § 12b (S. 33 der Kabinettsfassung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes – KHVVG) und gemäß des Artikels 6 (Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB, S. 62 f. der Kabinettsfassung des KHVVG) des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs eines Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (siehe www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Download/s/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/K/KHVVG_GE_Kabinett.pdf), einen weitergehenden Änderungsbedarf beim Kartellrecht, damit die mit der Krankenhausreform zu erwartenden – auch trägerübergreifenden – Krankenhausfusionen bzw. -konzentrationen von Standorten auch dann erfolgen können, wenn keine Finanzmittel des Transformationsfonds genutzt werden, und wenn ja, welche konkreten kartellrechtlichen Regelungsvorgaben müssten dafür angepasst werden?
31. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bei Probanden bei den sogenannten Wirkstoffen (Corona-Impfstoffen) mRNA-1273, AZD1222, Ad26.COV2.S und NVX-CoV2373 während der Laufzeit der Placebo kontrollierten, randomisierten Studien und während diese noch verblindet abliefen, „schwerwiegende unerwünschte Ereignisse“ („severe adverse events“) aus beliebigen Gründen jeweils in den Wirkstoff- und Placebogruppen festgestellt, und wenn ja, bei wie vielen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

32. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- In welchem ökonomischen und rechtlichen Zusammenhang steht nach Ansicht der Bundesregierung die Aufstockung des Eigenkapitals bei der Deutschen Bahn AG mit der Notwendigkeit, die Trassenpreise zu erhöhen (vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/deutsche-bahn-preise-schiene-trassenpreise-1.7500456?reduced=true)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

33. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wie viel unverkaufte Kleidung im Sinne der Ökodesign-Verordnung wurde nach Kenntnis der Bundesregierung bislang jährlich in Deutschland vernichtet, und was soll nach Meinung der Bundesregierung nun mit diesen Produkten passieren (www.euwid-recycling.de/news/politik/habeck-und-lemke-begrueessen-oekodesign-verordnung-290524/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

34. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- In welchem Monat dieses Jahres wird die Bundesregierung die abgeschlossene Evaluation der Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) sowie die Schlussfolgerungen, die sich aus dieser ergeben, vorlegen?
35. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wann kann mit der für April 2024 angekündigten Veröffentlichung der wesentlichen Arbeitsergebnisse der ersten Ausbaustufe in Form eines Kriterienkatalogs des Forschungs- und Entwicklungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, „DIRECTIONS“, gerechnet werden, und warum verzögert sich derzeit dessen Veröffentlichung (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 194 auf Bundestagsdrucksache 20/10565)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

36. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung dazu, dass das kanadische Unternehmen ReconAfrica (Reconnaissance Energy Africa) ab Juni 2024 in Namibia neue Probebohrungen zur Öl- und Gasförderung im maßgeblich von der KfW Entwicklungsbank finanzierten Kavango-Zambezi – (KAZA-)Schutzgebiet durchzuführen beabsichtigt, und welche Konsultationen führt sie hierzu mit der Regierung Namibias (www.kfw.de/stories/umwelt/naturschutz/kaza-nationalpark/; <https://calgaryherald.com/business/local-business/lawyer-s-allege-calgary-oil-gas-company-human-rights-abuses-namibia>; www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1474706523000748; <https://whc.unesco.org/en/decisions/8265/>)?
37. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Wie hat sich laut Kenntnis der Bundesregierung der Bundeshaushalt für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit für die palästinensischen Gebiete vom Haushaltsjahr 2009 bis heute insgesamt entwickelt (bitte nach Haushaltsjahren tabellarisch mit absoluter Mittelvergabe auflisten)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

38. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welcher Anteil der Städtebauförderung des Bundes entfiel seit der Änderung der Städtebauförderung 2020 in das aktuelle „3-Säulen-Modell“ (www.staedtebaufoerderung.info/DE/WeitereProgramme/ZukunftStadtgruen/zukunftstadtgruen_node.html) auf Grünflächenförderung und Stadtgrün, und wie drückt sich das in Euro aus (bitte Summen nach Jahren aufschlüsseln)?

39. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass sich nach einer letzte Woche veröffentlichten Studie des Berliner Mietervereins ein Drittel der Berliner Haushalte die geforderte Miete nicht mehr leisten kann, da diese Haushalte durchschnittlich 45 Prozent ihres Einkommens für die Brutto-Kaltmiete ausgeben müssen und daher auf Transfer-Leistungen angewiesen sind (siehe dazu: www.berliner-zeitung.de/news/mieterverein-ein-drittel-der-berliner-haushalte-kann-sich-die-miete-nicht-leisten-li.2219216), und wann wird der vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen vorbereitete Referentenentwurf zum kommunalen Vorkaufsrecht vom 27. April 2022 durch das Bundesministerium der Justiz mitgezeichnet, was nach meiner Kenntnis noch nicht geschehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

40. Abgeordneter
**Dr. Reinhard
Brandl**
(CDU/CSU)
- Sind die von der Bundesregierung angekündigten KI-Voucher (www.bmwk.de/SUS/PDF/start-up-strategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 23) bereits eingeführt, und wenn ja, wie viele KI-Voucher wurden bereits vergeben?
41. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Welchen Beschleunigungseffekt (in Tagen) erwartet die Bundesregierung durch den im „Gesetz zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes“ geplanten Wegfall der Umweltverträglichkeitsprüfung bei Windkraftanlagen auf See?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordnete
Heidi Reichinnek
(Gruppe Die Linke)
- In wie vielen Medien ist die Kampagne des Bundesministeriums der Finanzen zur Schuldenbremse erschienen, und wie hoch waren die Gesamtkosten zur Erstellung und Durchführung dieser Kampagne (<https://bsky.app/profile/claasgefroi.bsky.social/post/3ktmm2v63lz2k>)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des
Innern und für Heimat**

43. Abgeordnete
**Mareike Lotte
Wulf**
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP im Zuge der Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes die Bundesregierung mit einem Entschließungsantrag dazu aufgefordert haben, bis Ende des laufenden Jahres eine Reform des öffentlichen Namensrechts vorzulegen, die „den staatlichen Ordnungsinteressen in Bezug auf Namensänderungen Rechnung trägt und die Meldeerfordernisse nach Änderung des Geschlechtseintrags stimmig mitregelt“, den Konflikt zwischen Datenschutz und staatlichen Sicherheitsinteressen im Zusammenhang mit der Änderung der Vornamen und des Geschlechtseintrags gesetzlich aufzulösen?
44. Abgeordneter
Dr. Markus Reichel
(CDU/CSU)
- Werden Privatunternehmen (oder nur der Staat oder vom Staat beauftragte Unternehmen) künftig die Möglichkeit haben, die Personal Identifiable Data (PID), welche für die European Digital Identity Wallet (EUDIW) notwendig ist, auszugeben?
45. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- In welcher Höhe unterstützt die Bundesregierung die „Stiftung Verbundenheit“, und welche ggf. weiteren Geldgeber gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung außerdem (www.stiftung-verbundenheit.de/)?
46. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren, die im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine nach Deutschland eingereist sind, hielten sich zum 31. Mai 2024 in Deutschland auf, und wie viele sind insgesamt zum 31. Mai 2024 nach Deutschland eingereist (wenn keine Daten für den 31. Mai vorliegen, bitte die aktuellsten Daten angeben; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 69 auf Bundestagsdrucksache 20/7148)?

47. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob Veranstaltungen von oder unter Beteiligung der russischen Organisation „Institut für internationale Integration“ mit Sitz in Moskau (<https://correctiv.org/aktuelles/russland-ukraine-2/2024/05/27/russische-einflussnahme-schirmherr-des-politischen-influencing/>) seit 2015 in Deutschland stattgefunden haben, und wenn ja, wie viele, und haben an diesen Veranstaltungen Mitglieder der Bundesregierung, des Deutschen Bundestages oder von Behörden des Bundes teilgenommen (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Ort und Anzahl der jeweiligen Teilnehmer von Bundesregierung, Bundesbehörden und aus dem Deutschen Bundestag)?
48. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Ist die Einlassung der Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/11364, während der Fußball Europameisterschaft der Herren habe die Bundespolizei „auch urlaubsbeschränkende Maßnahmen für die gesamte Einsatzorganisation im Turnierzeitraum erlassen“, so zu verstehen, dass für die Bundespolizei eine generelle Urlaubssperre gilt – wie in der Medienberichterstattung interpretiert wurde –, und wenn nein, welche urlaubsbeschränkenden Maßnahmen wurden konkret erlassen?
49. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die Studie von Andreas Zick (Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld) bekannt, dass nach seiner Einschätzung „es die Mittel- und Oberschichten sind, die nach Studienlage den Rechtspopulismus tragen“ (siehe dazu insbesondere nach den Vorfällen an Pfingsten auf Sylt: www.tagesspiegel.de/politik/experten-zu-nazi-parolen-auf-sylt-es-sind-die-mittel-und-oberschichten-die-nach-studienlage-den-rechtspopulismus-tragen-11717546.html?bezuggrd=NWL&utm_source=morgenlage&werbtraeg=ML), und plant die Bundesregierung nun Maßnahmen diesbezüglich, insbesondere Demokratieförderungsprogramme für die sogenannte Oberschicht, und wenn ja, welche?
50. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Sind von den zuständigen Stellen der Bundesländer im Zusammenhang mit der Durchführung der Fußball-Europameisterschaft der Herren 2024 bislang Anträge auf Amtshilfe durch die Bundeswehr gestellt worden, und wenn ja, wie viele, und wie ist ggf. der Bearbeitungsstand (www.saechsische.de/leipzig/lokales/so-bereitet-sich-die-polizei-auf-einen-moeglichen-terrorangriff-bei-den-em-spielen-in-leipzig-vor-5977180.html)?

51. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(Gruppe Die Linke)
- Sollen Bundeswehrsoldaten im Rahmen der technischen Amtshilfe bei der EURO 2024 (ähnlich wie der Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006, siehe Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Bundeswehreinsatz im Inland und drohende Militarisierung der Innenpolitik zur Fußballweltmeisterschaft“ auf Bundestagsdrucksache 16/1285) eingesetzt werden, und wenn ja, wie viele, und wer trägt ggf. die Kosten, die durch diesbezügliche Einsätze der Bundeswehr anfallen?
52. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wann können die Bürger die vollständige Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen – Onlinezugangsgesetz (OZG), welches alle Behörden verpflichtet, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch digital über Verwaltungsportale anzubieten, erwarten (www.digitale-verwaltung.de/Webs/DV/DE/startseite/startseite-node.html)?
53. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Werden ukrainische Männer im wehrfähigen Alter in der Praxis wegen der Straftat des Fahrens ohne Fahrerlaubnis in Deutschland verfolgt, wenn sie zwar eine ukrainische Fahrerlaubnis erworben haben, ihnen diese aber infolge des neuen ukrainischen Mobilisierungsgesetzes entzogen wurde, weil sie Musterungs- oder Einberufungsbescheiden nicht nachgekommen sind (vgl. www.tagesspiegel.de/internationales/kampf-gegen-russland-parlament-der-ukraine-bestatigt-neues-gesetz-fur-mobilisierung-11500559.html; bitte begründen), und wieso führt die in der Ukraine bestehende Wehrpflicht für Männer im wehrfähigen Alter grundsätzlich nicht zu einer Unzumutbarkeit der Passbeschaffung im Herkunftsland (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 74 auf Bundestagsdrucksache 20/11318), obwohl das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine nicht allgemein, sondern nur für kleine religiöse Minderheiten gilt (www.zdf.de/nachrichten/politik/kriegsdienst-verweigerung-flucht-deutschland-ukraine-krieg-russland-100.html)?
54. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie bewertet die Bundesregierung im Kontext ihrer gegenwärtigen Politik den Zusammenhang zwischen Austeritätspolitik und dem Erstarren der Rechten, den etliche Studien von renommierten Wissenschaftlern nahelegen (die Bewertung bitte ausführlich begründen, vgl. www.spiegel.de/politik/deutschland/haushalts-plaene-der-bundesregierung-hilft-sparen-der-afd-a-c4e557d1-962a-4123-9b8b-74513f4e4da1)?

55. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Welche politisch motivierten Straftaten wurden der Bundesregierung über den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) mit dem Tatort Chemnitz und dem Tatdatum 3. September 2018 gemeldet (bitte mit Sachverhalt, Tatvorwurf bzw. Zähldelikt, Phänomenbereich, allen Ober- und Unterthemenfeldern und allen Angriffszielen angeben)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

56. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Ist der Bundesregierung das aus der Praxis an mich herangetragene Problem bekannt, dass afghanische Staatsangehörige, die bei der deutschen Botschaft in Pakistan ein Visum zur Familienzusammenführung beantragen möchten, im Rahmen des Visumverfahrens teilweise zweimal in Pakistan vorsprechen müssen – einmal bei der Abgabe des Antrags (bei einem externen Dienstleister) und ein weiteres Mal bei der deutschen Botschaft, um Originaldokumente und/oder Nachweise für die Beziehung zur Referenzperson in Deutschland vorzulegen –, was nach meiner Kenntnis insbesondere für afghanische Frauen mit großen Herausforderungen verbunden ist, weil diese nur in Begleitung einer männlichen Person nach Pakistan reisen können (hinzu kommen Schwierigkeiten beim Zugang und hohe Kosten für Visa für Pakistan), und wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um die Notwendigkeit der persönlichen Vorsprache in Anbetracht der geschilderten Schwierigkeiten auf einen Termin zu begrenzen, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

57. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Unterstützt die Bundesregierung die Initiative der BRICS-Staaten Brasilien und China zu Friedensgesprächen im Ukraine-Konflikt „zu einem geeigneten Zeitpunkt, der sowohl von Russland als auch von der Ukraine anerkannt wird, mit gleichberechtigter Teilnahme aller Parteien sowie einer fairen Diskussion aller Friedenspläne“ (www.reuters.com/world/brazil-china-call-russia-ukraine-peace-talks-with-both-countries-2024-05-23/), und inwiefern sieht die Bundesregierung in dem für den 15. und 16. Juni auf dem Bürgenstock bei Luzern geplanten Ukraine-Gipfel, den die Schweiz auf Wunsch der Führung in Kiew organisiert und zu dem Russland nicht eingeladen ist, die bessere Alternative für die Beendigung des Krieges in der Ukraine?
58. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Durch welche konkreten Regelungen widerspricht nach Kenntnis der Bundesregierung das am 14. Mai 2024 von dem georgischen Parlament beschlossene Gesetz zur Transparenz ausländischer Einflussnahme dem am 12. Dezember 2023 vorgelegten Kommissionsvorschlag für eine EU-Richtlinie zur Transparenz der Interessenvertretung für Drittstaaten, vor dem Hintergrund, dass sich das georgische Transparenzgesetz an dessen Wording orientiert (<https://rm.coe.int/comments-of-the-authorities-of-georgia-to-the-commissioners-letter/1680af5b7b>), und aus welchem Grund widerspricht die im Rahmen des georgischen Gesetzes vorgesehene jährliche Offenlegung der Finanzen und behördliche Registrierung von Nichtregierungsorganisationen, die zu mindestens 20 Prozent aus dem Ausland finanziert werden, nach Kenntnis der Bundesregierung – im Gegensatz zur geplanten EU-Richtlinie, welche Mitgliedstaaten verpflichten soll, Register für Interessenvertretung für Drittstaaten zu schaffen, in die sich jeder eintragen muss, der im Auftrag eines Drittstaates Interessenvertretung betreibt oder die Öffentlichkeit (etwa über Medien) beeinflussen möchte (COM[2023] 637) – den „grundlegenden Werten und Normen der EU“ (Schreiben von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock et al. an den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik vom 10. Mai 2024, vgl. dpa vom 13. Mai 2024), sodass dies eine öffentliche Einflussnahme der Bundesregierung zur Verhinderung der Verabschiedung des Gesetzes rechtfertigt (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenzen/pressekonferenz-von-bundeskanzler-scholz-und-dem-ministerpraesidenten-von-georgien-kobachidse-am-12-april-2024-in-berlin-2270714)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

59. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie hoch war die Vergütung der Geschäftsführer der juris GmbH im Jahr 2023 (bitte wie im Beteiligungsbericht des Bundes für die einzelnen Geschäftsführer nach Fixvergütung, Nebenleistungen und variabler Vergütung aufschlüsseln), und wie hoch ist ihre (vertraglich vereinbarte) Fixvergütung im Jahr 2024?
60. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Warum nimmt die Bundesregierung in ihrem Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz) zum einen an, § 10 Satz 2 des Verwertungsgesellschaftengesetzes (VGG) habe den Zweck, – bloß – für Verträge zwischen Rechtsinhabern und Verwertungsgesellschaften über die Wahrnehmung von Rechten an „künftigen“ Werken eine Ausnahme vom Schriftformerfordernis nach § 40 Absatz 1 Satz 1 des Urheberrechtsgesetzes zu schaffen (Bundestagsdrucksache 20/11306, S. 103), obwohl die in Bezug genommene Bundestagsdrucksache 18/8268 auf ihrer Seite 10 keine Beschränkung des Anwendungsbereichs von § 10 Satz 2 VGG auf Verträge zwischen Rechtsinhabern und Verwertungsgesellschaften über die Wahrnehmung von Rechten an – allein – künftigen Werken erkennen lässt, und warum nimmt die Bundesregierung darin zum anderen auch an, der Wortlaut von § 10 Satz 2 VGG biete Spielraum für Auslegungen, die über den mit der Regelung verfolgten Zweck hinausgingen, obwohl nach dem klaren Wortlaut von § 10 Satz 2 VGG eine Vereinbarung, auch – also nicht nur – soweit Rechte an künftigen Werken eingeräumt werden, der Textform bedarf?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

61. Abgeordneter
Petr Bystron
(AfD)
- Wie viele ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren, die sich zum 31. Mai 2024 in Deutschland aufhielten (wenn keine Daten für den 31. Mai vorliegen, bitte die aktuellsten Daten angeben), beziehen Bürgergeld?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

62. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Wie schätzt die Bundesregierung die künftigen Haushaltsbelastungen ein, die sich aus einem potenziellen Mehrbedarf für die Neu- und Weraufstellung der Bundeswehr nach dem 2-Prozent-Ziel der NATO ergeben, und welche Prioritäten setzt die Bundesregierung in diesem Ausgabenbereich für die kommende Haushaltsrahmenplanung (www.iwkoeln.de/studien/klaus-heiner-roehl-gera-de-so-genug-fuer-die-nato.html)?
63. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Inwieweit ist mit dem Abschluss eines Abkommens über den Weiterbetrieb des Lufttransportstützpunktes Niamey eine Anerkennung der Militärregierung in Niger verbunden, und welchem Zweck dient der Weiterbetrieb des Stützpunktes nach dem Ende von MINUSMA und EUMPM Niger (spiegel.de vom 29. Mai 2024: „Bundeswehr kann Lufttransportstützpunkt in Niger weiter nutzen“, www.spiegel.de/ausland/niger-bundeswehr-kann-lufttransportstuetzpunkt-weiter-nutzen-a-a3a6ac49-43ae-48aa-8077-f427020b3e35)?
64. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung über Angaben der Hamas-Behörden, wonach mindestens 21 Menschen durch den Abwurf von Hilfslieferungen aus der Luft im Gazastreifen tödlich verletzt worden seien (www.stern.de/news/deutsche-luftwaffe-stellt-hilfsfluege-ueber-dem-gazastreifen-ein-34756008.html), und wie kann die Bundesregierung ausschließen, dass es bei Abwürfen von Hilfslieferungen der deutschen Luftwaffe zu Verletzungen oder Todesfällen von Menschen kam (bitte die wichtigsten Vorwarnmaßnahmen, wichtigsten Abwurforte, Abwurfzeiten der Hilfslieferungen aus der Luft angeben)?

65. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Sachstand – bitte insbesondere auf bereits gefällte Entscheidungen und geplante Zeitlinien eingehen – hinsichtlich einer möglichen staatlichen (Minderheits-)Beteiligung an der ThyssenKrupp Marine Systems GmbH, die nach meiner Kenntnis seitens des Bundesministeriums der Verteidigung im November 2023 bereits als so wahrscheinlich bzw. kurzfristig bevorstehend angesehen wurde, dass im geplanten Organigramm im Zuge der Reorganisation des Bundesministeriums der Verteidigung bereits ein Referat H II 4 mit einer Zuständigkeit unter anderem für die ‚Beteiligungsführung TKMS‘ vorgesehen war, und liegen der Bundesregierung offizielle oder inoffizielle Informationen vor, dass ein Einstieg des US-Finanzinvestors Carlyle beim oben genannten Unternehmen anders als geplant nicht länger verfolgt wird bzw. bei den diesbezüglichen Verhandlungen schwerwiegende Hindernisse festgestellt wurden, die einem solchen Einstieg entgegenstehen?
66. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Hat die US-Regierung gegenüber der Bundesregierung bzw. einer Bundesbehörde offiziell oder inoffiziell, mündlich oder schriftlich oder auf sonst eine andere Art und Weise kommuniziert, dass eine „Genehmigung der US-Regierung zur Nutzung der militärischen GPS-Frequenzen und -empfänger [sic!] und die Nutzungsfreigabe der Schnittstellendokumente des GMLRS-Herstellers“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU auf Bundestagsdrucksache 20/10018, S. 6) im Kontext der deutschen Überlegungen zur Beschaffung des Waffensystems PULS zum jetzigen Zeitpunkt weder erteilt noch in Aussicht gestellt wird, womit ein Verschuss von GMLRS-Raketen – u. a. auch solcher, die sich im Bestand der Bundeswehr befinden – durch PULS nicht möglich sein würde, und wie ist der aktuelle Sachstand bei der Beschaffung von PULS (bitte u. a. auf den geplanten Zeitpunkt der Zuleitung einer 25-Millionen-Euro-Vorlage eingehen sowie auf die geplante Anzahl der zu kaufenden Waffensysteme)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

67. Abgeordnete
Astrid Damerow
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung nach der Kabinettsbefassung vom 24. Mai 2024 davon aus, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes und des Tiererzeugnisse-Handels-Verbotsgesetzes bis zur Kalenderwoche 27, das heißt noch vor der parlamentarischen Sommerpause, in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wird?

